Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:107963-2018:TEXT:DE:HTML

Deutschland-Saarbrücken: Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung 2018/S 049-107963

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Franz-Josef-Röder-Str. 17

Saarbrücken

66119

Deutschland

Kontaktstelle(n): Zweckverband Personennahverkehr Saarland - Geschäftsstelle -

Telefon: +49 496819482010 E-Mail: adalbert.ott@zps-online.de

Fax: +49 496819482091 NUTS-Code: DEC0 Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: http://www.saarand.de/ministerium_wirtschaft_arbeit_energie_verkehr.htm

1.2) Gemeinsame Beschaffung

1.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.evergabe.de/unterlagen

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

1.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

1.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Aufgabenträger Schienenpersonennahverkehr

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Verkehrsdienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr auf der Kursbuchstrecke 687 (Niedtalbahn) Referenznummer der Bekanntmachung: VS 01/2018

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

60210000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Erbringung von Leistungen im SPNV auf der Niedtalbahn (RB 77) im Umfang von ca. 167 000 Zkm/a ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2018 am 9.12.2018.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

60200000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEC0

Hauptort der Ausführung:

Dillingen, DE.

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Die Verkehrsleistungen sind ab dem internat. Fahrplanwechsel im Dezember 2018 am 9.12.18 zu erbringen. Im Falle von Verzögerungen im Vergabeverfahren behält sich der Aufgabenträger (AT) vor, die Betriebsaufnahme um ein Jahr zu verschieben.

Die Vertragslaufzeit beträgt 5 Jahre und endet zum internat. Fahrplanwechsel im Dezember 2023 (Basisjahre). Vergeben wird ein Brutto-Verkehrsvertrag. Die Fahrgeldeinnahmen aus der Erfüllung der vertraglichen SPNV-Angebote gehen zugunsten bzw. zu Lasten des AT und stellen insoweit dessen unternehmerisches Risiko dar. Näheres ist in den Vergabeunterlagen geregelt. Die Infrastrukturkosten für Trassen und Stationen der DB Netz AG bzw. der DB Station & Service AG werden durch den AT ausgeglichen. Ausnahmen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Es sind Gebrauchtfahrzeuge zugelassen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 60

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Bei Verschiebung der Ausschreibung Pfalznetz verlängert sich die Vertragslaufzeit maximal ggf. um bis zu 3 weitere Jahre bis 2026 (Optionsjahre).

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Bei Verschiebung der Ausschreibung Pfalznetz verlängert sich die Vertragslaufzeit maximal ggf. um bis zu 3 weitere Jahre bis 2026 (Optionsjahre).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Es gelten die Vorgaben des Saarländischen Tariftreuegesetzes (STTG). Die Bieter müssen mit Angebotsabgabe insbesondere die nach dem STTG erforderliche Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs abgeben. Für diese Erklärungen müssen die Vordrucke Anlage C.7 und C.9 genutzt werden.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufsoder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Bieter muss mit seinem Angebot die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister nachweisen.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bieter folgende Erklärungen und Unterlagen vorzulegen:

- 1) Erklärung, dass er finanziell und wirtschaftlich in der Lage ist, die geforderten Leistungen zu erbringen.
- 2) Geschäftsberichte der Jahre 2015 und 2016, aus denen auch die Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse hervorgehen.

Falls durch einen Bewerber kein eigener Geschäftsbericht herausgegeben wird, ist die Vorlage des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und ggf. des Lageberichtes) sowie eine Erklärung über die aktuellen Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse ausreichend. Diese Unterlagen sind für die Jahre 2015 und 2016 vorzulegen.

Für die Erklärung aus (1) muss der Vordruck T.2 "Wirtschaftliche Eigenerklärung" genutzt werden sowie im Falle der Eignungsleihe der Vordruck T.2a.

Von der Teilnahme am Verfahren können Bieter ausgeschlossen werden,

- (a) Über deren Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist;
- (b) Die sich in Liquidation befinden;
- (c) Die nachweislich eine schwere Verfehlung begangen haben, die ihre Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt;
- (d) Die ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt haben;
- (e) Die im Vergabeverfahren unzutreffende Erklärungen in Bezug auf ihre Eignung abgegeben haben. Es sind folgende Erklärungen abzugeben:

Der Bieter hat zu erklären, dass die unter (a), (b) und (d) genannten Fälle auf ihn nicht zutreffen; Im Falle des Buchstaben (a) durch die Erklärung, dass über das Vermögen des Bewerbers kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist;

Im Falle des Buchstaben (b) durch die Erklärung, dass der Bewerber sich nicht in Liquidation befindet; Im Falle des Buchstaben (d) durch die Erklärung, dass der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat. Für die Erklärungen aus (a), (b) und (d) muss der Vordruck T.2 "Wirtschaftliche Eigenerklärung" genutzt werden sowie im Falle der Eignungsleihe der Vordruck T.2a.

Alle Bewerber mit mittelbarem oder unmittelbarem kommunalen Anteilseigner haben darüber hinaus darzulegen, dass die Abgabe des Angebotes im Einklang mit den die wirtschaftliche Betätigung der Kommune regelnden Vorschriften des Kommunalverfassungsrechts steht.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zur Beurteilung der für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung erforderlichen Fachkunde sind vom Bieter folgende Nachweise und Erklärungen vorzulegen:

- 1) Nachweis, dass eine Genehmigung nach § 6 AEG vorliegt, bzw. Darlegung, wie diese bis zur Betriebsaufnahme erlangt werden soll;
- 2) Auskunft über vergleichbare Referenzprojekte im SPNV, insbesondere auch bezüglich der Erfahrung in Verkehrs- und Tarifkooperationen;
- 3) Nachweis, dass die für die Geschäftsführung bestellten Personen gemäß § 2 Abs. 2 oder 3 der Eisenbahnbetriebsleiterverordnung bestätigt sind bzw. Darlegung, wie diese Voraussetzung bis zur Betriebsaufnahme erfüllt wird. Der Geschäftsführer muss dabei nicht der Eisenbahnbetriebsleiter sein;
- 4) Angaben zu vorgesehenen Kooperationspartnern und ggfs. Subunternehmern, die Verkehrs- oder Vertriebsleistungen im Auftrag des Bieters erbringen sollen.

Für die Erklärungen aus (1) bis (3) muss der Vordruck T.3 "Technische Eigenerklärung" genutzt werden sowie im Falle der Eignungsleihe der Vordruck T.3a.

Für die Erklärung aus (4) muss der Vordruck C.4, Subunternehmererklärung' genutzt werden.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Der Auftragnehmer muss spätestens 24 Monate vor Betriebsaufnahme als Eisenbahnverkehrsunternehmen gemäß § 6 AEG zugelassen sein oder durch Vorlage einer Zulassung nach § 6 Abs. 8 oder 9 AEG belegen, dass diese nicht benötigt wird.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1) Beschreibung
- IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

- IV.2) Verwaltungsangaben
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABI.: 2014/S 204-361515

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 15/06/2018 Ortszeit: 10:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/10/2018

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 15/06/2018 Ortszeit: 10:00

Ort:

Zweckverband Personennahverkehr Saarland, Geschäftsstelle, Am Hauptbahnhof 6 - 12, 66111 Saarbrücken.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

- 1) Das Bundesland Saarland, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, ist Aufgabenträger in diesem Vergabeverfahren;
- 2) Der vorgenannte Aufgabenträger hat den Zweckverband Personennahverkehr Saarland mit der operativen Durchführung dieses Vergabeverfahrens beauftragt;
- 3) Personalübernahme

Die Aufgabenträger sehen in den Vergabeunterlagen Regelungen zu einer Personalübernahme durch den Gewinner der Ausschreibung vor.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Saarlandes beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Franz-Josef-Röder-Str. 17

Saarbrücken

66119

Deutschland

Telefon: +49 496815014994

E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Fax: +49 496815013506

Internet-Adresse:http://www.saarland.de/3339.htm

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Verstöße gegen vergaberechtliche Bestimmungen sind nach § 160 Abs. 3 GWB zu rügen.

Vergaberechtsverstöße sind danach innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Kenntnisnahme des Verstoßes zu rügen, § 160Abs. 3 Nr. 1 GWB.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammern des Saarlandes, siehe Ziffer VI.4.1)

Saarbrücken Deutschland

E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

08/03/2018